

SOLIDARITÄT

Die **OGB**-Zeitschrift für die Arbeitswelt

IN DIESEM HEFT:

- Preisvorteil: Angebote für ÖGB-Mitglieder
- Johann-Böhm-Fonds vergibt Stipendien
- VÖGB-Bildungsangebot 2018



Mit Vorsicht zu genießen

Das neue Regierungsprogramm.

JUBILÄUMSJAHR 2018

100 Jahre Republik,
100 Jahre Frauenwahlrecht.
Seite 11

DIGITALISIERUNG

Aus- und Weiterbildung wird
immer bedeutender.
Seite 15

JETZT GELD ZURÜCKHOLEN

Fragen und Antworten zur Arbeit-
nehmerInnenveranlagung.
Seite 17

VOR 25 JAHREN IN DER SOLI



Arbeiten „Rund um die Uhr“? Die gesundheitlichen und sozialen Nachteile von Nacharbeit sind unbestritten. Der geplante EU-Beitritt Österreichs stellte das Frauennacharbeitsverbot infrage. Die ÖGB-Frauen forderten ein generelles Nacharbeitsverbot, und wo sie unumgänglich sei, müsse ein Ausgleich für die Nachteile geschaffen werden.

Impressum

Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. **Herstellerin:** Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21. **Verlagsort:** Wien. **Herstellungsort:** Neudorf. **Chefredaktion:** Alexa Jirez. **Kaufmännische Leitung:** Christoph Höllriegl. **Chefin vom Dienst:** Amela Muratovic. **AutorInnen:** Florian Kräftner, Franz Fischill, Barbara Kasper, Dietmar Meister, Friederike Scherr, Carmen Braun (OÖ), Christoph Schulz (Salzburg), Helena Sachers (Tirol), Beate Horvath (Burgenland), Lisa Siutz (Kärnten), Sabine Rudigier (Vorarlberg), Philip Vondrak (Vorarlberg), Marcus Arige (NÖ), Martin Fill (Steiermark). **Artredaktion & Grafik:** Reinhard Schön. **Illustrationen:** Isabelle Carhoun, Hannes Kiengraber. **Titelbild:** Mihael Žulj. **Anzeigen:** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at. **Sekretariat:** Sonja Adler. **Lektorat:** Karin Flunger. **Redaktionsadresse:** 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, www.oegb.at/soli. **Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:** www.soli.at/offenlegung. Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. ZVR-Nr.: 576439352 DVR-Nr. 0046655

Adressänderungen

Tel.: 01/534 44-39100
oder unter service@oegb.at

i-move.at

Datenschutz



DURCH DIE ZUNEHMENDE

Digitalisierung werden in den Betrieben immer mehr Daten, auch über MitarbeiterInnen, aufgezeichnet: Die EU hat daher die Datenschutz-Grundverordnung geschaffen, die am 25. Mai in Kraft tritt. Mit dieser werden die Regeln für die Verarbeitung personenbezogener Daten, die Rechte der Betroffenen und die Pflichten der Verantwortlichen im gesamten EU-Raum vereinheitlicht – davon nicht berührt sind die Informationsrechte der Betriebsräte. Für Betriebe bedeutet das, dass sie zwingend Betriebsvereinbarungen mit dem Betriebsrat abschließen müssen – etwa bei der Einführung von Kontrollmaßnahmen (wie Videoüberwachung oder GPS-Ortung). Passiert das nicht, drohen nun hohe Strafen. <http://bit.ly/2E1Mh5f>

Studiengebühren



AB HERBST MÜSSEN

erwerbstätige Langzeitstudierende Studiengebühren in der Höhe von 365 Euro pro Semester zahlen. Grund dafür ist ein Fehler im Gesetz, das Berufstätige unter bestimmten Voraussetzungen von der Gebühr befreit. Der Verfassungsgerichtshof hatte zwar bis zum Ende des Sommersemesters eine Frist gesetzt, um das Gesetz zu korrigieren, im Wissenschaftsministerium entschied man sich aber dafür, die Gebührenbefreiung wegen Erwerbstätigkeit auslaufen zu lassen. Das Aus für diese Befreiung ist eine massive Verschlechterung für arbeitende Studierende, die dann unter einer dreifachen Belastung leiden würden: Studium, Arbeit und Studiengebühren. <http://bit.ly/2DzWj0A>

GUT GEBRÜLLT /// UNS ZUGEMÜLLT

»Niemand steigt schlechter aus.«



Sebastian Kurz, Bundeskanzler (ÖVP)

Anfang Jänner wurde der Familienbonus von 1.500 Euro beschlossen. Familien, die Einkommensteuer zahlen, sollen pro Kind bis zum Alter von 18 Jahren diese Steuergutschrift bekommen. Im Gegenzug entfallen der Kinderfreibetrag und die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten zur Gänze. Auch wenn Bundeskanzler Sebastian Kurz betont, dass niemand schlechter aussteigen werde als bisher, zeigt sich bei genauer Betrachtung ein anderes Bild: je höher die Einkommen, desto höher die Entlastung. Eltern mit niedrigen Einkommen gehen leer aus. Beispiel: Eine Alleinerzieherin verdient 1.400 Euro. Bisher konnte sie alle Absetzmöglichkeiten ausschöpfen, von dem neuen Familienbonus profitiert sie gar nicht, ihr Einkommen ist zu niedrig. Falls sie in Oberösterreich wohnt, ist sie sogar zweifache Verliererin: Hier muss sie nun auch für die Kinderbetreuung zahlen. Familienfreundlich ist das nicht. Eine echte Entlastung wären Gratis-Kindergärten. Davon würden alle Eltern gleichermaßen profitieren – unabhängig davon, wie viel sie verdienen.

INTERNATSKOSTEN ADE!

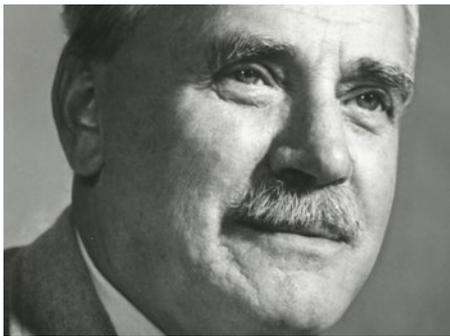
Seit 1. Jänner 2018 sind die Internatskosten für Lehrlinge endlich Geschichte. Ab sofort sind Unterkunft und Verpflegung für den Aufenthalt in einem SchülerInnenheim und auch in Privatquartieren vom Arbeitgeber zu bezahlen. Dieser kann sich die Ausgaben ersetzen lassen und einen Förderantrag bei der zuständigen Lehrlingsstelle beantragen. Hat der Lehrling oder dessen Erziehungsberechtigte/r die Rechnung für das Berufsschulinternat selbst bezahlt, können im Namen des Lehrlings die Kosten vom Arbeitgeber zurückverlangt werden. Das gilt auch für Turnusse, die vor dem 1. Jänner 2018 begonnen haben. In diesem Fall ist der ali-



© Meibinger

quote Anteil, also die Kosten für die Tage, die in das Jahr 2018 fallen, vom Lehrberechtigten zu übernehmen. Alle Infos auf www.oegj.at und per Telefon unter: 01/534 44-39060.

ÖGB-STIPENDIEN: BIS ZU 5.000 EURO



© ÖGB

Der Johann-Böhm-Fonds will die Forschung zu Themen fördern, die für die ArbeitnehmerInnenvertretung von Bedeutung sind. Deshalb vergibt der

ÖGB jedes Jahr Stipendien, die je nach Art der wissenschaftlichen Arbeit mit bis zu 5.000 Euro honoriert werden. Gefördert werden können unter anderem Arbeiten innerhalb folgender Themenfelder: Gesundheit, Pflege, Pensionen, Mindestsicherung, Familien, Bildung, Kollektivvertrag, Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Außerdem soll die Abschlussarbeit die Position des ÖGB wissenschaftlich unterstützen. Spätestens zum Zeitpunkt der Bewerbung muss der/die BewerberIn Gewerkschaftsmitglied sein.

Nähere Infos: www.oegb.at/stipendien

KLUFT ZWISCHEN ARM UND REICH WÄCHST

Die reichsten 42 Personen der Welt besitzen gemeinsam so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung – das geht aus einem aktuellen Bericht der Entwicklungshilfeorganisation Oxfam hervor. Damit nicht genug: Das reichste Prozent hat 82 Prozent aller Vermögensgewinne im vergangenen Jahr eingestrichen. Die 3,7 Milliarden Menschen, die die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen, profitieren vom Vermögenswachstum hingegen nicht. Ein Grund für dieses Ungleichgewicht sieht Oxfam



© Fotolia.com/straanamwong

in der Steuervermeidung von Konzernen und Superreichen. Etwa 200 Milliarden ersparen sie sich jährlich durch Steuertricks.

ERICH FOGLAR, ÖGB-Präsident,
zur Zukunft der Arbeitswelt

DIGITALISIERUNG MUSS ALLEN NÜTZEN



Die neue Bundesregierung hat das Motto „Veränderung“ ausgerufen. Tatsächlich wird sich in den kommenden Jahren vieles verändern. Die Digitalisie-

rung ist eine der großen Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Es ist positiv anzumerken, dass die Digitalisierung einen prominenten Platz im Regierungsprogramm einnimmt, aber viele der daraus resultierenden Fragen – vor allem im Bereich Arbeit und Beschäftigung, Bildung, Einkommen und Finanzierung des Sozialstaates sowie ethische Aspekte – werden zu wenig berücksichtigt.

Der digitale Wandel eröffnet viele Möglichkeiten: Der enorme Produktivitätsfortschritt birgt die Chance auf Wohlstand für alle. Die neuen Technologien können das Leben vieler Menschen in den unterschiedlichsten Bereichen wesentlich erleichtern. Es wird aber auch notwendig sein, Bildung und Ausbildung neu zu denken, neue Modelle für sinnstiftende Beschäftigung zu finden und die Digitalisierungsdividende gerecht zu verteilen.

Das bedeutet, dass künftig soziale Innovationen dringend benötigt werden. Obwohl die Regierung im Regierungsprogramm „die soziale Innovation“ erwähnt, hat sie bedauerlicherweise bereits eine große Chance vertan. Die Aktion 20.000 hätte das Pilotprojekt einer solchen Innovation sein können: Durch diese Maßnahme hätte man jenen Menschen, die es aus verschiedenen Gründen schwer haben, mit der rasanten Entwicklung Schritt zu halten, Teilhabe am Arbeitsmarkt durch sinnstiftende Beschäftigung ermöglicht.

Nur wenn die Menschen in den Mittelpunkt gerückt werden, kann die Digitalisierung zum Nutzen aller gestaltet werden. Mit der Abschaffung der Notstandshilfe, mit Repressalien gegen Arbeitslose und Hartz-IV-Modellen allerdings werden wir künftige Herausforderungen sicher nicht bewältigen.



Nach nur zwei Monaten Verhandlung haben sich ÖVP und FPÖ auf eine Koalition geeinigt und bereits Ende Dezember 2017 das neue Regierungsprogramm vorgelegt. „Mit dem Aus für den Beschäftigungsbonus und die Aktion 20.000 haben sie bereits zwei durchaus erfolgversprechende Programme auslaufen lassen“, kritisiert ÖGB-Präsident Erich Foglar. Zwar finden sich im Regierungsprogramm auch gute Vorschläge, diese bergen aber Widersprüche in sich und lassen Fragen offen. Die Auswirkungen auf Arbeitszeit, Arbeitslosengeld, Mitbestimmung und Lehrlingsausbildung sind wahrscheinlich zum Nachteil der ArbeitnehmerInnen.

Zusammen.
Für unser Österreich.

Die neue Regierung hat viel vor

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihre Gewerkschaft.

Text: Barbara Kasper, Alexa Jirez/Fotos: Mihael Žulj

Im 180 Seiten dicken Regierungsprogramm von ÖVP und FPÖ finden sich viele Vorschläge. Manche davon sind gut, zum Teil lassen sie aber Fragen offen und viele sind aus ArbeitnehmerInnen-sicht bedenklich. Die „Solidarität“ hat für Sie ein paar Beispiele analysiert.

Mehr Mitbestimmung des Volkes

Das Wort Demokratie stammt aus dem Altgriechischen und bedeutet so viel wie „Die Macht geht vom Volk aus“. Diese will die Regierung mit mehr direkter Demokratie, mehr Mitbestimmung und Beteiligung durch das Volk stärken. Das ist durchaus positiv zu bewerten und auch zu begrüßen. So soll beispielsweise das Volksbegehren aufgewertet werden, indem bereits 100.000 Wahlberechtigte eine echte Gesetzesinitiative starten können. Das hat eine verpflichtende Begutachtung und die Behandlung im Nationalrat zur Folge und macht dieses Instrument jedenfalls wertvoller. Der zweite Schritt in Richtung Volksabstimmung soll leider erst am Ende der Legislaturperiode erfolgen.

Weniger Mitbestimmung im Betrieb

Aber nicht auf allen Ebenen scheint Mitbestimmung gewünscht. Das Wahlalter für Betriebsratswahlen soll

zwar auf 16 Jahre gesenkt, der Jugendvertrauensrat aber abgeschafft werden. Sascha Ernzt, Vorsitzender der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ), meint: „Wir würden sogar weitergehen und die Wahlalter-Begrenzung für Betriebsratswahlen gänzlich streichen. Trotzdem brauchen die Jugendlichen weiterhin ihre eigene gewählte Vertretung. Der Jugendvertrauensrat muss bleiben, denn nur er vertritt ausschließlich die Interessen der jungen ArbeitnehmerInnen.“ Wird der im Regierungsprogramm stehende Vorschlag so umgesetzt, dürfte außerdem ein Drittel der Lehrlinge – nämlich alle unter 16 Jahren – gar keine Interessenvertretung mehr wählen.

»Der Jugendvertrauensrat muss bleiben, denn nur er vertritt ausschließlich die Interessen der jungen ArbeitnehmerInnen.«

Sascha Ernzt, Vorsitzender der ÖGJ

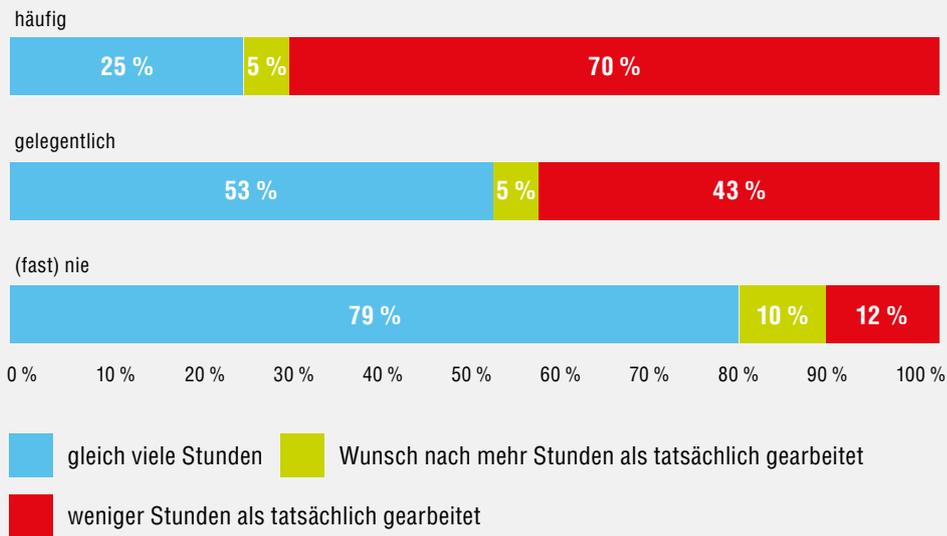
Auch der Betriebsrat als Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen im Betrieb könnte geschwächt werden. Weil noch im vergangenen Jahr die teilweise arbeitsrechtliche Angleichung von ArbeiterInnen und Angestellten erfolgte, will die Regierung dies auch bei den Betriebsräten durchführen. Es ist aber unklar, was damit gemeint ist, denn de facto gibt es zwischen Angestellten- und ArbeiterInnenbetriebsrat

keinen Unterschied. Es sei denn, die Regierung meint nicht „Angleichung“, sondern „Zusammenlegung“, dann ist das Ziel offensichtlich: weniger BetriebsrätInnen und damit weniger Mitbestimmung.

Gleichzeitig ist aber die Stärkung der Betriebsebene vorgesehen. So sollen Betriebe im Einvernehmen mit Betriebsrat und/oder ArbeitnehmerInnen die Arbeitsverhältnisse stärker nach ihren Bedürfnissen gestalten können. Das klingt zwar ganz gut, bedeutet aber nichts anderes als das Zurückdrängen der Kollektivverträge. Kollektivverträge werden von den Sozialpartnern verhandelt und gelten dann für alle Beschäftigten einer Branche. Es liegt auf der Hand, dass der einzelne Beschäftigte dem Chef gegenüber in der schwächeren Position ist. Betriebsräte würden stark unter Druck geraten, wenn Arbeitszeitfragen, Löhne oder Gehälter nur noch auf Betriebsebene geregelt würden. Hier geht es eindeutig darum, Unternehmen größtmöglichen Handlungsspielraum und viel Gestaltungsmacht einzuräumen, während die Möglichkeiten für ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften extrem eingeschränkt würden.

ZUFRIEDENHEIT MIT DEM AUSMASS DER ARBEITSZEIT

70 Prozent aller Beschäftigten, die häufig Überstunden machen, wünschen sich kürzere Arbeitszeiten. Bei jenen, die (fast) nie Überstunden machen, sind hingegen 79 Prozent zufrieden mit ihrer Arbeitszeit.



cheren Position ist. Betriebsräte würden stark unter Druck geraten, wenn Arbeitszeitfragen, Löhne oder Gehälter nur noch auf Betriebsebene geregelt würden. Hier geht es eindeutig darum, Unternehmen größtmöglichen Handlungsspielraum und viel Gestaltungsmacht einzuräumen, während die Möglichkeiten für ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften extrem eingeschränkt würden.

zehntelang von Industrie und Wirtschaft. Dabei ist es jetzt schon möglich, legal 12 Stunden zu arbeiten, wenn es die Auftragslage vorübergehend erfordert.

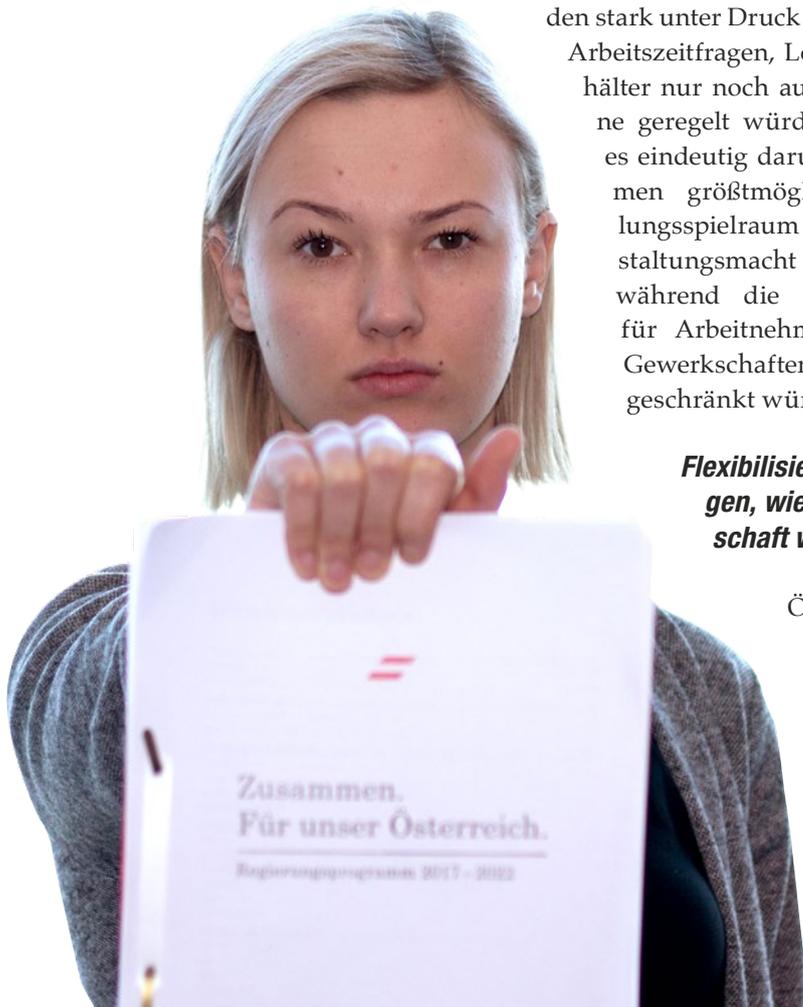
»Es ist jetzt schon möglich, 12 Stunden zu arbeiten. Weil überlange Arbeitszeiten krank machen, ist diese Möglichkeit aber auf maximal acht Wochen begrenzt.«

Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB

Flexibilisierung: Verbiegen, wie die Wirtschaft will?

Österreichs ArbeitnehmerInnen sind nicht mobil genug, unflexibel und arbeiten eigentlich zu wenig: Das hört man schon ja h r

derlich macht. Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB, erklärt, dass das ganz unbürokratisch möglich sei: „Es braucht dafür nur eine Betriebsvereinbarung. Weil überlange Arbeitszeiten krank machen, ist diese Möglichkeit aber auf maximal acht Wochen begrenzt.“ Im Regierungsprogramm steht nun, dass die Höchstgrenze der Arbeitszeit auf 12 Stunden täglich und 60 Stunden wöchentlich angehoben werden soll. Das wirft mehrere Fragen auf: Wenn gleichzeitig die höchstzulässige Zahl an Überstunden – das sind zehn pro Woche – nicht erhöht wird, geht sich das nicht aus. Wird diese erhöht, stellt sich die Frage, ob Son-



INSGESAMT ZEIGT SICH im Regierungsprogramm eine Schiefelage: Unternehmer werden nicht nur fünfmal so oft erwähnt wie ArbeitnehmerInnen, es ist für sie auch weit mehr „drinnen“ als für die unselbstständig Beschäftigten.

derüberstunden notwendig werden. Außerdem ist unklar, was mit derzeit bestehenden Einschränkungen in Kollektivverträgen geschehen soll. Die Regierung will in diesem Zusammenhang die Arbeitszeit auch bei Gleitzeit auf 12 Stunden erhöhen, obwohl das in Kombination mit der Forderung nach einer Höchstarbeitsgrenze von 12 Stunden gar nicht nötig wäre. Wenn aber diese zusätzlichen Stunden im Rahmen der zuschlagsfreien Normalarbeitszeit geleistet werden sollen, ist klar, worauf das hinausläuft: den Wegfall von Überstundenzuschlägen, also mehr Arbeit für weniger Geld.

Facharbeit stärken

Ein durchaus starkes und positives Statement für die Bedeutung von Fachkräften am Arbeitsmarkt findet sich ebenfalls im Regierungsprogramm. So soll vor allem in die Qualifikation heimischer Arbeitskräfte investiert werden und auch die Lehrlingsausbildung aufgewertet und neu ausgerichtet werden. Die Weiterentwicklung der Lehrpläne und Berufsbilder hinsichtlich zukünftiger Herausforderungen und die Durchlässigkeit zwischen Lehre und Fachhochschule werden hier auch genannt. Ob aber eine noch höhere Förderung der Betriebe, die sich finanziell dann nicht einmal mehr beteiligen müssen, oder eine Ausrichtung der Lehrberufe allein an wirtschaftlichen Bedürfnissen dazu führen, dass Betriebe wieder vermehrt ausbilden, ist zu bezweifeln.

Arbeitslosengeld Neu = Hartz IV = HC Kurz I?

Hier gibt es derzeit sehr widersprüchliche Aussagen vonseiten der Bundesregierung, im Regierungsprogramm werden die Leistungskürzungen aber klar angesprochen: So soll ein Arbeitslosengeld Neu dazu beitragen, dass anfangs ein höheres Arbeitslosengeld gebührt, dies aber mit Dauer der Arbeitslosigkeit unter das jetzige Niveau sinken wird. Als Knackpunkt

ist der Hinweis auf die „Integration der Notstandshilfe“ zu verstehen, der befürchten lässt, dass auch diese zukünftig befristet oder ganz abgeschafft werden soll – was nur eines bedeuten kann: Die Bundesregierung plant das „Hartz-IV-Modell“ auch für Österreich! Selbst die im Vorjahr vom Finanzministerium in Auftrag gegebene Studie zur Umsetzung von „Hartz IV“ in Österreich kommt zum Ergebnis, dass die scheinbaren Einsparungen zu enormen Folgekosten führen würden. Denn es würde zu einem Netto-Einkommensverlust für Hunderttausende Haushalte kommen und ca. 160.000 Menschen würden in die Armut getrieben.

ÖGB-Präsident Erich Foglar betont: „Zu sagen ‚Eigentum ist der beste Schutz vor Armut‘ und ‚Die Menschen sollen sich etwas aufbauen können‘ erscheint etwas zynisch, wenn man auf der anderen Seite den Menschen, die ihren Job verlieren, alles wegnehmen will.“



NOCH WISSEN WIR NICHT, wie einzelne Maßnahmen des Regierungsprogramms umgesetzt und vor allem finanziert werden sollen.

Einzelne Äußerungen und verschiedene Passagen im Regierungsprogramm lassen befürchten, dass dies durch massive Einschnitte beim Sozialstaat geschehen könnte. Wichtig wären jetzt konkrete Vorschläge zur Finanzierung, die sich nicht auf die soziale Absicherung der Menschen auswirken.

SORGEN? KLICK UND WEG!



PAUL PECH EMPFIEHLT:

Sofortige Schadensmeldung mit unserer Service-App, per Videoberatung oder direkt bei Ihrer Beraterin/Ihrem Berater.

wienersaetdtische.at

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP



#GemeinsamGutArbeiten

Jede/r dritte ArbeitnehmerIn im Burgenland ist von Gewalt betroffen.
Projekt der ÖGB-Frauen soll zu einer besseren Arbeitswelt führen.



geübt wird, ist verschieden. Männer sind von anderer Gewalt betroffen als Frauen“, erklärt ÖGB-Landesfrauenvorsitzende Hannelore Binder. 70 Prozent der Befragten geben an, Gewalt in verschiedener Weise beobachtet zu haben, 36 Prozent sagen, selbst von Gewalt betroffen zu sein. Die meistgenannten Gewaltformen sind Herumschreien oder Einschüchterung, Hänseleien und Verspottung, aber auch Mobbing, Rassismus oder sexuelle Belästigung. Die TäterInnen sind vor allem KollegInnen. Von Vorgesetzten geht Gewalt dort aus, wo Abhängigkeiten bestehen. Im Gesundheits- und Pflegebereich wird oft von PatientInnen bzw. deren Angehörigen Gewalt ausgeübt. Im Handel und öffentlichen Dienst kommt Gewalt oft von KundInnen.

Risikofaktoren für Gewalt

Die Umfrage ergab auch, dass dort, wo es BetriebsrätInnen gibt, Gewalt weniger Chancen hat, weil präventiv oder moderierend eingegriffen wird. Steigender Arbeitsdruck und schlechter Führungsstil werden als Risikofaktoren für Gewalt am Arbeitsplatz von mehr als der Hälfte der Befragten genannt, gefolgt von zu wenig Personal und zunehmender Rücksichtslosigkeit bzw. Gewaltbereitschaft. Ziel sind Konzepte, von denen nicht nur BetriebsrätInnen, sondern auch Unternehmen profitieren. Maßnahmen könnten etwa ein schriftlicher Leitfaden für ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber, Führungskräftebildungen, die Etablierung von KonfliktlotsInnen bzw. Gewaltschutzbeauftragten in den Betrieben oder branchenspezifische ExpertInnenrunden sein.

DIE ÖGB-FRAUEN HABEN gemeinsam mit dem ÖGB, der Arbeiterkammer Burgenland und dem Regionalmanagement Burgenland (RMB) eine Befragung unter Burgenlands ArbeitnehmerInnen zum Thema „Gewalt am Arbeitsplatz“ durchgeführt. Befragt wurden 1.429 unselbstständig Beschäftigte verschiedenster Branchen. Die Befragung wurde telefonisch, online und in Form von Fragebögen vom IFES (Institut für empirische Sozialforschung) durchgeführt.

Unterschiedliche Arten von Gewalt

„Fakt ist, dass Gewalt am Arbeitsplatz auch im Burgenland kein Einzelfall ist. Gewalt am Arbeitsplatz trifft Frauen und Männer gleichermaßen. Die Art und Weise, wie Gewalt aus-

KOMMENTAR /// Erich Mauersics, Landesvorsitzender ÖGB Burgenland

TÜRKIS-BLAU BRINGT MASSIVE VERSCHLECHTERUNGEN FÜR BURGENLANDS PENDLERINNEN



Aus Sicht von uns Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird das heurige Jahr nicht ganz einfach werden. Die Verkürzung der Ruhezeiten im Tourismus, die Einstellung der Aktion 20.000 oder das Arbeitslosengeld Neu – zusammengefasst könnte man sagen, die neue Regierung verteilt Geschenke an Vermögende und Industrielle und hat für die arbeitenden Menschen nur eines übrig: massive Verschlechterungen!

Oder nehmen wir den 12-Stunden-Tag: Laut Statistik pendeln im Burgenland rund 97.000 Menschen, mehr als 40 Prozent von ihnen nach Wien, Niederösterreich und in die Steiermark. Viele Tagespendlerinnen und Tagespendler sitzen bereits um vier Uhr früh im Auto, Zug oder Bus und kommen erst bei Dunkelheit wieder nach Hause. Wer rechnen kann, weiß genau, dass sich das mit einem 12-Stunden-Arbeitstag nur schwer ausgeht, wenn man auch noch Zeit mit der Familie verbringen will oder sich einfach für den nächsten Tag ausruhen muss! Problematisch wird es auch für Tagespend-

lerInnen, die öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Soll in Zukunft 12 Stunden gearbeitet werden, müssen entweder die Fahrpläne darauf ausgerichtet werden oder die Betroffenen müssen auf das Auto umsteigen. Unter dem Vorwand der Flexibilisierung nimmt man den BurgenländerInnen ihre Zeit für die Familie, für die Vereine und für die freiwillige Arbeit, etwa bei der Feuerwehr. Für die Menschen im Burgenland bedeutet die Einführung eines 12-Stunden-Tages durch den Wegfall von Überstunden nicht nur weniger Einkommen, sondern auch einen enormen Verlust der Lebensqualität.

AUF DEN FAHREN ALLE AB: DER 0% AUTOKREDIT IST WIEDER DA!



z.B. Gesamtkreditbetrag	€ 24.000,-
0% Soll- und Effektivzinssatz	€ 0,-
Bearbeitungs- und Kontoführungsentgelt	€ 0,-
Laufzeit 120 Monate, monatliche Kreditrate	€ 200,-
zu zahlender Gesamtbetrag	€ 24.000,-



Mit der KreditBox und BAWAG P.S.K. Rundum-Beklebung* fährt Ihr Neuwagen mit 0% Zinsen und € 0,- Zusatzkosten.**

Ihr Online-Vorteil: Anmeldung und 1 Jahr Haftpflicht, wenn Sie eines der verfügbaren Automodelle mit Freifahrt-Paket wählen.
Aktion gültig bis 30.4.2018.

Mitten im Leben.

www.bawagpsk.com

**BAWAG
PSK**

*) Rundum-Beklebung analog obigem Beispiel (wird Ihrer Automarke/-type und -farbe angepasst) während der gesamten Kreditlaufzeit erforderlich. Max. Kreditlaufzeit 120 Monate, max. Kredithöhe € 75.000,-. Positive Bonitätsprüfung vorausgesetzt.

**) mit max. 136 g/km CO2-Wert.

100 JAHRE REPUBLIK, 100 JAHRE FRAUEN- WAHLRECHT!

2018 ist für Österreich ein besonderes Jahr. Vor 100 Jahren, am 12. November 1918, wurde im Parlament in Wien die Gründung der Republik Österreich (damals noch Deutsch-Österreich) beschlossen und von der Parlamentsrampe vor mehr als hunderttausend Menschen feierlich verkündet. Aber damit nicht genug: Am gleichen Tag wurde die Einführung des Frauenwahlrechts beschlossen.



Am 12. November 1918 versammelten sich mehr als hunderttausend Menschen vor dem Parlament an der Wiener Ringstraße, um dabei zu sein, als Präsident Franz Dinghofer und Staatskanzler Dr. Karl Renner, begleitet von den beiden anderen Präsidenten der Provisorischen Nationalversammlung, Karl Seitz und Prälat Johann Nepomuk Hauser, auf der Parlamentsrampe feierlich die Gründung der demokratischen Republik verkündeten. Am gleichen Tag wurden mit dem Gesetz über die Staats- und Regierungsform die Grundsätze des Wahlrechts festgelegt: die Verhältniswahl sowie das „allgemeine, gleiche, direkte und geheime Stimmrecht aller

Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts“. Das Frauenwahlrecht war geboren. Bei der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung kam es zum ersten Mal zum Einsatz. Am 4. März 1919 zogen die ersten acht weiblichen Abgeordneten ins Parlament ein – darunter die Frauenvorsitzende des Bundes Freier Gewerkschaften, Anna Boschek, die Organisatorin des ersten Frauenstreiks, Amalie Seidel, und die Obfrau der Tabakarbeiterschaft, Maria Tusch.

WEITERLESEN: Für das Jubiläumsjahr 2018 wurde eine eigene Website mit gut strukturierten Texten und zahlreichen historischen Aufnahmen eingerichtet: <https://www.oesterreich100.at>



MeineSV.at

EINFACH, SICHER UND BEQUEM: DAS ONLINE-PORTAL FÜR VERSICHERTE.

Auf dem Online-Portal MeineSV.at hat die Sozialversicherung (SV) viele ihrer Services zusammengefasst, die vom Computer oder Smartphone aus genutzt werden können. So können Gesundheitsmeldungen und Anträge wie die Einreichung von Wahlartrechnungen, digitalisiert an die SV übermittelt werden. Außerdem gibt es einen Überblick über die Pensionszeiten und mehr. Einzige Voraussetzung: Bürgerkarte oder Handy-Signatur. <http://bit.ly/2u3K32s>



BILDUNGSANGEBOT

VÖGB: VON ARBEITSRECHT BIS HIN ZUR MITBESTIMMUNG UND WIRTSCHAFT.

Das neue Bildungsangebot des VÖGB (Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung) für ArbeitnehmervertreterInnen ist online. Von Arbeitsrecht, Betriebsversammlung, Chancengleichheit bis hin zu Mitbestimmung, Rhetorik, Sozialrecht, Teamwork, Wirtschaft, Zivilcourage usw. gibt es viele praxisnahe gewerkschaftliche Bildungsangebote. Alles von A bis Z finden Sie im Detail online unter <http://bit.ly/2CBORSo> oder www.voegb.at.



TODESFALL

NEUER RATGEBER: WENN TRAUER KEINE PRIVATSACHE IST.

Trauer ist keine Krankheit, sondern eine normale Reaktion auf den Verlust einer geliebten Person. Doch in der Arbeitswelt gilt Trauer oft als Tabu. Wenn überhaupt, wird sie zu oft als Störung wahrgenommen. Dabei braucht es gerade bei einem Todesfall die Solidarität der KollegInnen. Mit der Broschüre „Wenn Trauer keine Privatsache ist“ wollen die Gewerkschaften vida und GÖD die Trauer aus der Tabuzone holen. Download: <http://bit.ly/2n2kWB3>

WENN DER COMPUTER DEN TON ANGIBT



BERUF(UNG): KFZ-TECHNIKERIN

„Ein Grundinteresse für Autos muss da sein“, sind sich Melanie Farkas (links) und Fabienne Öhlknecht über die Voraussetzung, als Kfz-Technikerin zu arbeiten, einig. Ihr „Handwerk“ erlernen beide im 3. Lehrjahr bei Jugend am Werk in Wien-Floridsdorf. So wie sich die Autos in den vergangenen Jahrzehnten hin zum „fahrenden Computer“ entwickelt haben, wird ihr Beruf – der sich übrigens aus den früheren Berufen Automechaniker, -lackierer, -spengler und -sattler zusammensetzt – von der Software des Analysegerätes bestimmt.

Repariert im klassischen Sinne wird heute nur noch selten. Wenn der „Computer“ Getriebeschaden anzeigt, scheint gleichzeitig auch die Lösungsanweisung auf. Bei bestimmten Getriebetypen heißt das inzwischen Getriebetausch. Ein neues Getriebe wird bestellt, in der Nacht geliefert und

am nächsten Tag eingebaut. Und auch da gibt der Computer den Ton vor. Beispielsweise auf wie viel Newtonmeter der Schraubenschlüssel einzustellen ist, wie Öhlknecht erzählt. Ein Newtonmeter ist der Betrag des Drehmomentes, das eine Kraft von einem Newton bei einem Hebelarm von einem Meter erzeugt. Im Beruf von Öhlknecht und Farkas bahnt sich schon wieder eine Revolution an. Mit den E-Autos steht die nächste Wandlung vor der Tür. „In der Theorie haben wir bereits einen Einblick bekommen“, erzählt Farkas. Beide hoffen, dass es in ihrem derzeit noch immer männerdominierten Beruf schnell weiblichen Nachwuchs gibt. Sie fühlen sich inzwischen von ihren männlichen Kollegen voll akzeptiert. Dass die Buben immer wieder um Rat oder Hilfe fragen, empfindet Öhlknecht als „normal und nichts Außergewöhnliches“.

Das Aus für die AUVA droht

Senkung des Unfallversicherungsbeitrags gefährdet die Arbeitssicherheit und die Unfallversorgung in Österreich.



ALLE ARBEITNEHMERINNEN, also Angestellte, ArbeiterInnen, freie DienstnehmerInnen und auch geringfügig Beschäftigte, sind unfallversichert. Den Gesamtbeitrag zur Unfallversicherung zahlt der Arbeitgeber. Die Bundesregierung plant, diesen nun von derzeit 1,3 auf 0,8 Prozent zu senken. Rudolf Silvan, Vorsitzender des Landesstellenausschusses der AUVA-Landesstelle für Wien, Niederösterreich und Burgenland, warnt eindringlich vor einem Raubbau an der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA).

500 Millionen Euro weniger

Die Beitragssenkung auf 0,8 Prozent würde für die AUVA einen Einnahmefall in Höhe von 500 Millionen Euro bedeuten – das ist weit mehr, als diese gegenwärtig für all ihre

medizinischen Einrichtungen aufwendet (295 Millionen Euro): Der Nettoaufwand für alle sieben Unfallkrankenhäuser belief sich im Jahr 2016 auf 223 Millionen Euro, für alle vier Rehabilitationszentren der AUVA liegt dieser bei 62 Millionen. Im gesamten Volumen übersteigt eine Beitragssenkung um 500 Millionen Euro auch den Aufwand für die Prävention und den Verwaltungsaufwand der AUVA.

Unfallheilbehandlung gefährdet

„Es ist klar, dass das das Ende der AUVA in der bisherigen Form bedeuten würde“, sagt Silvan. Der Rückzug der AUVA aus der Unfallheilbehandlung würde massive Kostenverschiebungen (zu Ländern und KV-Trägern) bedeuten, da die Einrichtungen nicht verzichtbar sind und nicht einfach geschlossen werden können. Aufgrund der angespannten Finanzlage in den Ländern würde eine Aufrechterhaltung des bisherigen Niveaus mit Sicherheit nicht möglich sein, und „das wäre eine massive Gefahr für die Unfallversorgung der Bevölkerung“, betont Silvan.

Die Zerstörung der AUVA durch den angekündigten Mittelentzug würde buchstäblich eine Gefahr für die Gesundheit der arbeitenden Menschen sowie die Unfallopfer in Österreich bedeuten. Für Rudolf Silvan ist eines ganz klar: „Wir dürfen es nicht zulassen, dass ArbeitnehmerInnen in diesem Land zukünftig eine schlechtere medizinische Betreuung erfahren!“

KOMMENTAR /// Christian Farthofer, ÖGB-Landessekretär Niederösterreich

KINDER IN NOT



Die neue Bundesregierung ist zwar erst seit wenigen Wochen im Amt, aber schon jetzt ist ein sehr eindeutiges Bild erkennbar, in welche Richtung ihre politischen Konzepte gehen sollen. Es wird sozial kälter in diesem Land und zugleich werden neue Leistungsbegriffe eingeführt, die mich erschauern lassen. Ich will das anhand eines Beispiels illustrieren, welches das ganz gut offenbart. Der neue Familienbonus soll nämlich nur jenen zugute kommen, die die neue Regierung als Leistungsträger definiert. In ihren Augen sind

das jene, die Lohn- bzw. Einkommensteuer bezahlen. Alle anderen bekommen nichts. Das zynische Argument lautet: „Wer keine Steuern zahlt, kann auch keine Steuererleichterung bekommen.“ So logisch – so kaltherzig. Denn was soll eigentlich erreicht werden? Familien und deren Kinder sollen gefördert bzw. entlastet werden. Sollte es dann nicht gerade um jene gehen, die zwar arbeiten gehen, aber so wenig verdienen, dass sie keine Lohn- bzw. Einkommensteuer bezahlen? Das sind in Österreich immerhin an die 1,2 Millionen Menschen. Was mich an dieser ideologischen Einstellung so schockiert, ist der Umstand, dass es an sich gesellschaftlicher Konsens ist, dass wir unseren Kindern die größtmögliche

Empathie entgegenbringen. Ihr Wohl sollte uns allen am Herzen liegen. Zukünftig ist es aber so, dass das Kind eines Generaldirektors mehr wert ist als jenes einer alleinerziehenden Arbeiterin, die monatlich nur 1.200 Euro brutto verdient. Dazu passen Überlegungen der Bundesregierung, die Familienbeihilfe auch in Österreich regional zu indexieren.

Das bedeutet wiederum, dass Familien im sogenannten teuren Speckgürtel um Wien mehr Familienbeihilfe bekommen, Familien im „günstigeren“ Waldviertel weniger. Eine solche Art von Politik dürfen wir nicht tatenlos hinnehmen. Wer bei Kindern schon so hartherzig unsozial unterscheidet, wird das in allen Gesellschaftsbereichen tun.



FIT FÜR DIE

Selbstfahrende Züge, digitale Kassa im Supermarkt, Roboter statt Krankenpfleger: Die Digitalisierung schreitet rasch voran und durchdringt alle Branchen. Arbeitsplätze und Aufgaben verändern sich. Einige Berufe fallen weg, andere wiederum entstehen, etwa in der Programmierung und Überwachung von Maschinen. Um diese Veränderungen gut zu bewältigen,

müssen ArbeitnehmerInnen auf die Industrie 4.0 gut vorbereitet sein. Der Schlüssel dazu: Weiterbildung, Umschulung oder betriebliche Fortbildung – lebenslanges Lernen für alle.

Weiterbildung – was und wo?

Für viele ArbeitnehmerInnen ist aber noch unklar, welche Fähigkeiten ge-

fragt sind, um in Zukunft am Arbeitsmarkt Schritt halten zu können. Oder wo sie diese erlernen können. Antworten auf diese Fragen liefert der „Digi-Campus“ des BFI Wien (Berufsförderungsinstitut). Hier sind alle Bildungsangebote, die digitale Kompetenzen vermitteln, zusammengefasst. Detaillierte Informationen finden Sie unter digi-campus.bfi.wien.



© BFI-Wien

»Einen Job macht man nur dann gut, wenn man ihn auch gerne macht.«

Franz-Josef Lackinger, Geschäftsführer des BFI Wien, über Aus- und Weiterbildung in Zeiten der Digitalisierung.

Solidarität: Was würden Sie einem Jugendlichen raten: Welchen Beruf soll er lernen, damit er auch in zehn Jahren einen Job hat?

Franz-Josef Lackinger: Einen Job macht man nur dann gut, wenn man ihn auch gerne macht. Deshalb würde ich Jugendlichen raten, sich zunächst einen guten Überblick über die angebotenen Aus- und Weiterbildungen zu verschaffen und mit den persönlichen Interessen abzugleichen. Das Arbeitsmarktservice oder das BFI Wien helfen da gerne weiter. Grundsätzlich gilt: Berufsabschlüsse und die Bereitschaft zur Weiterqualifizierung werden in Zeiten einer zunehmenden Automatisierung immer wichtiger.

Menschen fürchten um ihre Arbeitsplätze, auch weil es am digitalen Know-how mangelt. Gibt es genug Aus- und Weiterbildungsangebote? Was bietet das BFI Wien dazu?

Lackinger: Das BFI Wien bietet eine Fülle von Angeboten: Wir haben zum Beispiel mit dem Digi-Campus alle digitalen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen online gebündelt und präsentieren die zukunftssträchtesten Berufswege auf einen Blick. Wir sind aber auch im Bereich der Fachkräftequalifizierung immer auf dem neuesten Stand und bilden

etwa MechatronikerInnen oder Bautechnische ZeichnerInnen aus, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Bleiben ältere ArbeitnehmerInnen, die mit den neuen Technologien nicht so vertraut sind, auf der Strecke?

Lackinger: Für ältere ArbeitnehmerInnen ist der Wandel der Berufsbilder durch die Digitalisierung sicherlich eine Herausforderung. Hier mangelt es oft an digitalen Grundkenntnissen wie dem Bedienen von Office-Programmen. Allerdings können diese ohne große Hürden rasch vermittelt werden. Komplette Umschulungen sind schwieriger, aber auch dafür ist es nie zu spät: Das belegen viele unserer älteren TeilnehmerInnen, die wir erfolgreich umschulen und wieder in den Arbeitsmarkt vermitteln konnten.

BFI-BILDUNGSPROGRAMM

Im Bildungsprogramm des BFI finden Sie alle Kurse, Seminare und Lehrgänge sowie Informationen zur Förderungen. Das aktuelle Kursprogramm für Ihr Bundesland können Sie unter <http://bit.ly/2DgVeL2> bestellen. Wenn Sie sich nur für bestimmte Themenfelder interessieren, können Sie diese auch einzeln bestellen: <http://bit.ly/2DhFuri>

DIGITALE ZUKUNFT

FAIRE ARBEIT 4.0

Vernetzt denken – solidarisch handeln

Im Juni tagt der ÖGB-Bundeskongress. Das Ziel: eine Arbeitswelt, in der alle vom technologischen Fortschritt profitieren.

UNTER DEM MOTTO „FAIRE ARBEIT 4.0. Vernetzt denken – solidarisch handeln“ werden sich rund 500 Delegierte aus ganz Österreich zum 19. Bundeskongress des ÖGB versammeln. Dort gibt es Berichte über die Arbeit der vergangenen fünf Jahre, und die Schwerpunkte für die kommenden Jahre werden beschlossen.

Fortschritt für alle

Eine der größten Herausforderungen für Österreich und die EU ist es, den Anschluss an die Digitalisierung nicht zu verpassen. „Wir können und wollen die Digitalisierung nicht aufhalten. Das würde einen Wohlstandsverlust vor allem für die junge Generation bedeuten“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar: „Aber technologischer Fortschritt ist kein Wert an sich, er muss dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen. Ziel muss die Verbesserung des Alltags aller Menschen und die Erleichterung der Arbeitswelt aller ArbeitnehmerInnen sein. Es ist wichtig, die Veränderungen der Arbeitsorganisation zu erkennen, mit zu gestalten und notwendige Anpassungen, beispielsweise in der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik, zu treffen.“

Grauzonen

Durch den digitalen Wandel sind Jobs in Grauzonen entstanden und „Wildwestmethoden“ haben Einzug gehalten. Ein Beispiel: Immer mehr Beschäftigte arbeiten für Crowdwork-Plattformen wie Upwork, Clockwork oder MyHammer – meist ohne Arbeitsvertrag und unter dem Mindestlohn.

„Der ÖGB-Kongress wird Vorschläge für klare Regeln machen. Für die Beschäftigten – oder besser gesagt: für alle, die davon abhängig sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen“, sagt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB: „Auch wer online arbeitet oder derzeit in die Scheinselbständigkeit gezwungen wird, hat ein Recht auf soziale Absicherung, einen schützenden Kollektivvertrag, auf faire Bezahlung und darauf, sich gewerkschaftlich zu organisieren.“

DER ÖGB-BUNDESKONGRESS ...

- ◆ ... ist das höchste Gremium des ÖGB.
- ◆ ... wird rund 500 Delegierte versammeln.
- ◆ ... wählt Präsident/Präsidentin, die VizepräsidentInnen und den Vorstand.
- ◆ ... beschließt die Statuten und das politische Programm für die kommenden fünf Jahre.
- ◆ ... tagt von 12. bis 14. Juni im Austria Center in Wien.
- ◆ ... hat ein Motto: „Faire Arbeit 4.0. Vernetzt denken – solidarisch handeln“.

ZWISCHEN 18. UND 19. BUNDESKONGRESS

Zuletzt hat der Bundeskongress im Juni 2013 getagt. Seitdem hat die Gewerkschaftsbewegung einiges erreicht. Drei Beispiele:

- ◆ Lohnsteuer runter! Fünf Milliarden Euro, die zu 90 Prozent den Klein- und MittelverdienerInnen zugutekommen.
- ◆ Mindestlohn. Eine Generalvereinbarung zwischen ÖGB und Wirtschaftskammer sieht 1.500 Euro in allen Kollektivverträgen vor. Nächstes Ziel: 1.700 Euro.
- ◆ Der ÖGB kann erstmals seit 1984 wieder ein Mitgliederplus vermelden. Aktueller Stand: mehr als 1.200.000 Mitglieder.

NEUER LEHRBERUF: E-COMMERCE-KAUFMANN/-FRAU

Ausbildung zum/zur Online-HändlerIn startet im Sommer 2018



Smartphones sind aus dem Alltag kaum mehr wegzudenken. Genutzt werden sie zunehmend auch zum Einkaufen im Internet. Laut einer Studie geben ÖsterreicherInnen rund 885 Euro jährlich für Online-Einkäufe aus. Um der Digitalisierung auch in der Ausbildung Rechnung zu tragen, haben

sich die Sozialpartner im Handel auf den neuen Lehrberuf E-Commerce-Kaufmann/-frau geeinigt.

Die dreijährige Ausbildung kann ab Sommer 2018 gewählt werden. Vermittelt werden etwa der Umgang mit Shopmanagement-Systemen, die Präsentation von Waren im Online-Shop oder die Erstellung bzw. der Versand von Newslettern. Die AbsolventInnen sind für alle Betriebe im Einzel-, Groß- und Außenhandel einsetzbar, aber auch für Unternehmen anderer Branchen, die einen Webshop betreiben. Mehr Infos: <http://bit.ly/2mNcgGv>

GEWINNERINNEN STEHEN FEST

Rund 200 Frauen und Männer haben beim Gewinnspiel der ÖGB-Frauen Burgenland anlässlich des Equal Pay Day teilgenommen. Im Jänner wurden die GewinnerInnen gezogen. Die Thermen-tageseintritte in die Sonnentherme Lutzmannsburg und in Reiter's Allegria Familientherme gehen an folgende Personen:

Jutta Mohl aus Steinberg

Angelika Kettner aus Gols

Martin Gschwandner aus Wien

Gratulation an die drei GewinnerInnen. Die Gewinne werden zugesandt.

ÖGB-KINOABEND

Der ÖGB Burgenland lädt wieder zum Kinoabend. Gespielt wird die Komödie „Die Migrantigen“ mit Daniela Zacherl, Josef Hader, Faris Rahoma und Doris Schretzmayer. Popcorn und Getränk für Gewerkschaftsmitglieder gratis.

Donnerstag, 22. Februar 2018, 17.30

Uhr, Cineplexx Mattersburg. Anmeldung bis 19. Februar 2018 unter bettina.nemeth@oegb.at oder 02682/770-11.

STEUERTRICKS – WER BIETET MEHR?

Zu einer multimedialen Reise ins Reich der Steueroasen lädt die Arbeiterkammer Burgenland. Die Wanderausstellung bietet Einblicke in das System der internationalen Steuervermeidung und -hinterziehung.

Die Ausstellung läuft bis 28. Februar und kann während der Öffnungszeiten von 8 bis 16 Uhr besichtigt werden. Arbeiterkammer Eisenstadt, Kleiner Saal, 7000 Eisenstadt, Wiener Straße 7.

8. MÄRZ: FRAUENTAG

Die ÖGB-Frauen laden anlässlich des Internationalen Frauentages zu einem Symposium zum Thema „#Gemeinsam GutArbeiten – Gewaltfreie Arbeitswelt“. Außerdem gibt es eine Einladung ins Theater. Gezeigt wird das Stück „Geheimsache Rosa Luxemburg“. Beide Veranstaltungen finden am 8. März 2018 im ÖGB-AK-Haus in Eisenstadt statt. Genaue Informationen gibt es ab Februar auf www.oegb.at/burgenland.

KINDERBETREUUNGSATLAS GIBT AUSKUNFT ÜBER KINDERBETREUUNG IM BURGENLAND



© ÖGB Burgenland

DAS BURGENLAND IST bei der Kinderbetreuungsquote österreichweit Spitzenreiter. Land und Gemeinden haben viel investiert, um die Kinder-

betreuung auszubauen. Der Kinderbetreuungsatlas der Arbeiterkammer Burgenland macht die breite Palette des Angebots für Eltern sichtbar. Betreuungszeiten, Ferienregelungen, Mittagessen, Nachmittagsbetreuung für Volksschulkinder und die entsprechenden Kontaktadressen sowie wichtige Gemeindekooperationen werden darin aufgelistet. Der Kinderbetreuungsatlas ist als Broschüre in der Arbeiterkammer Burgenland erhältlich. Er kann aber auch online unter bglid.arbeiterkammer.at abgerufen werden.

BELEGSCHAFT WÄHLT VERTRETUNG

FRAUENPOWER GIBT ES in der Gemeinde Pötsching nach den Personalvertreter- und Betriebsratswahlen. Cornelia Wesselich wurde zur Vorsitzenden der Personalvertretung gewählt. Im Betriebsrat des „Gmoa Vereins“ wurde Barbara Pachler zur Vorsitzenden gewählt. Zwei neue Betriebsratskörperschaften haben die Beschäftigten des Umweltdienstes Burgenland (UDB) gewählt. In der UDB GmbH vertritt nun Mathias Rehr als

Vorsitzender die Interessen der KollegInnen. Bei der Umweltdienst Abfallservice GmbH wurde Stefan Pendl als Vorsitzender bestätigt.

Auch im Reduce Plus Gesundheitsresort Bad Tatzmannsdorf wurde eine neue Belegschaftsvertretung gewählt. Hannes Laschalt ging mit seinem Team als Sieger hervor und konnte die Mandatszahl von fünf auf sechs erhöhen.

ROTES KREUZ MATTERSBURG GEWINNT ÖGB-HALLENTURNIER

DAS RUNDE LEDER rollte wieder auf Initiative des ÖGB Burgenland. 13 Firmenmannschaften aus den Bezirken Neusiedl, Eisenstadt und Mattersburg spielten im VIVA Sportzentrum Steinbrunn um den Sieg.

„Turniersieger wurde das Team des Roten Kreuzes Mattersburg. Die Mattersburger ‚Sanis‘ setzten sich in einem spannenden Finale gegen die Mannschaften der Melecs Siegendorf durch. Den dritten Platz erspielte sich das Team der Neudörfler Office Systems gegen die Elf von Polleres aus Rohr-



© ÖGB Burgenland

bach. Alle Spiele verliefen sehr fair und sportlich“, erklärt ÖGB-Regionalsekretär Oliver Krumpeck.

Geld zurück bei niedrigem Einkommen

Wer wenig verdient oder nicht das ganze Jahr arbeitet, profitiert meist von der ArbeitnehmerInnenveranlagung. Seit letztem Jahr muss der sogenannte Lohnsteuerausgleich nicht mehr selbst gemacht werden.



© Fotolia / p.poth

Was heißt ArbeitnehmerInnenveranlagung?

Mit der ArbeitnehmerInnenveranlagung – auch Lohnsteuerausgleich genannt – können sich ArbeitnehmerInnen zu viel bezahlte Lohnsteuer zurückholen.

Wieso bezahlt man zu viel Lohnsteuer?

Viele verdienen über das ganze Jahr hinweg nicht das Gleiche, weil sie den Job wechseln, in Karenz gehen oder nicht das ganze Jahr arbeiten. Die Lohnsteuer wird aber monatlich so berechnet, als würde man das ganze Jahr über das Gleiche verdienen. Rechnet man die unterschiedlichen Einkommen am Ende des Jahres zusammen, ergibt sich meist ein Guthaben.

Wann kann ich die ArbeitnehmerInnenveranlagung machen?

Sobald der Jahreslohnzettel des Arbeitgebers vom vergangenen Jahr beim Finanzamt aufliegt – das muss spätestens Ende Februar sein. Der Antrag kann elektronisch über Finanz Online oder mit dem Formular L 1 an das Finanzamt – bis zu fünf Jahre rückwirkend – gestellt werden.

Was ist eine Steuergutschrift?

Auch wer keine Lohnsteuer zahlt – das betrifft Einkommen unter 12.600 Euro jährlich –, bekommt Geld vom Finanzamt zurück. 50 Prozent der bezahlten Sozialversicherungsbeiträge werden als Steuergutschrift (max. 400 Euro) zurückbezahlt. Wer Anspruch auf Pendlerpauschale und Pendlereuro hat, kann die Steuergutschrift sogar noch auf bis zu 500 Euro erhöhen. Das Maximum für PensionistInnen liegt bei 110 Euro.

Wann kommt die Steuergutschrift automatisch?

Seit 2017 muss die ArbeitnehmerInnenveranlagung nicht mehr selbst gemacht werden. Das Finanzamt erledigt das automatisch, sofern bis Mitte des Jahres kein Antrag eingereicht wird. Weitere Voraussetzungen sind, dass man neben seinem Dienstverhältnis keine Nebeneinkünfte hat, nicht mehrere lohnsteuerpflichtige Einkommen nebeneinander bezieht und sich eine Steuergutschrift ergibt. Bestimmte Sonderausgaben wie Spenden oder Kirchenbeiträge werden automatisch an das Finanzamt übermittelt und miteinbezogen.

Wie erfahre ich von einer Steuergutschrift?

Das Finanzamt übermittelt Ihnen einen Bescheid. Die darin vermerkten Kontodaten sollten Sie kontrollieren und gegebenenfalls berichtigen, damit das Geld auch sicher am Bankkonto ankommt.

Kann ich die ArbeitnehmerInnenveranlagung selbst durchführen?

Ja. Haben Sie bereits automatisch einen Bescheid bekommen, können andere Kosten, Sonderausgaben und Absetzbeträge nachträglich eingereicht werden.

UNTERSTÜTZUNG BEIM STEUERAUSGLEICH

Der ÖGB unterstützt Mitglieder bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung bzw. bei der Einreichung über FinanzOnline. Um einen Termin zu vereinbaren, wenden Sie sich an die zuständigen KollegInnen in Ihrem Bundesland: www.oegb.at/bundeslaender

NICHT VERGESSEN: Der Gewerkschaftsbeitrag ist in voller Höhe von der Lohnsteuer absetzbar und wirkt daher steuermindernd.



LOHNSTEUER GESENKT!

Auf Druck des ÖGB wurde 2015 die größte Lohnsteuerreform seit 40 Jahren umgesetzt. Seit 1. Jänner 2016 haben rund 6,5 Millionen ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen mehr Geld im Borsel!

Weniger Lohnsteuer: Der Eingangssteuersatz wurde von 36,5 Prozent auf 25 Prozent gesenkt, die Steuergutschrift auf bis zu 400 Euro erhöht.

Mehr Steuerstufen: Statt bisher drei Steuerstufen gibt es jetzt sechs Steuerstufen.

Bis zu einem Drittel mehr Netto vom Brutto: Bei einem mittleren Einkommen von 2.100 Euro monatlich bleiben 900 Euro im Jahr mehr. Die Lohnsteuer reduzierte sich um 30 Prozent.



KINDERBETREUUNG IN NIEDERÖSTERREICH

Bei den Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren herrscht in Niederösterreich massiver Nachholbedarf. Das zeigen mehrere Analysen der Arbeiterkammer Niederösterreich. Die Suche nach einem passenden Kindergartenplatz ist für viele Eltern eine Herausforderung. Das hängt nicht unmaßgeblich davon ab, wo man wohnt. Denn das Angebot in den Regionen ist unterschiedlich. Und auch bei den Öffnungszeiten und der Qualität der Kinderbetreuung sind Verbesserungen dringend notwendig, um Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern.

AK Niederösterreich und ÖGB Niederösterreich wollen bei der Veranstaltung „Beruf und Kinderbetreuung in NÖ“ die aktuelle Situation in Niederösterreich unter die Lupe nehmen, um auf den notwendigen Ausbau von geeigneten Kinderbetreuungsplätzen hinzuweisen, die den Ansprüchen berufstätiger Eltern gerecht werden. Dabei geht es vor allem um die Situation von Frauen, die nach wie vor die Hauptlast bei der Kinderbetreuung leisten und dabei die eigene berufliche Karriere hintanstellen.

Beruf und Kinderbetreuung in Niederösterreich

Wann: 15. Februar 2018, von 9 bis 15 Uhr

Wo: ANZ St. Pölten, 3100 St. Pölten, AK-Platz 1

Themen:

- ▶ Kinderbetreuung in NÖ
- ▶ Platzangebot
- ▶ Betreuungskosten
- ▶ Öffnungszeiten

Pension mit einem Schlag weg

Christian H. sah nach 30 Arbeitsjahren monatelang keinen Cent – AK Niederösterreich zog vor Gericht und gewann 20.000 Euro Nachzahlung.

NACH 30 HARTEN Arbeitsjahren gab der Körper von Christian H. aus Zwettl auf: Der 49-Jährige Glaser ist berufsunfähig und gesundheitlich sehr angeschlagen. Als er im November 2016 einen Termin zur Berufsberatung (BBRZ) wegen eines nachweislichen Therapie-Besuches verschieben wollte, hatte das fürchterliche Konsequenzen. Seine Pension von 1.200 Euro wurde komplett gestrichen. Über 14 Monate bekam er keinen einzigen Cent. Die AK Niederösterreich half ihm in dieser schweren Zeit. „Wir haben erfolgreich geklagt, er erhält rückwirkend rund 20.000 Euro und bekommt nun wieder seine Pension“, erzählt Markus Wieser, AK-Niederösterreich-Präsident und ÖGB-Vorsitzender in Niederösterreich.



mannschaft hieß es schroff: „Sie haben ja 6.000 Euro auf Ihrem Bausparer. Verbrauchen S' doch das Geld.“

Keine Pension, keine Unterstützung

Bevor Christian H. den besagten Beratungstermin verschob, erkundigte er sich bei der Pensionsversicherungsanstalt. Das sei natürlich kein Problem, hieß es am Telefon. Doch statt eines neuen Termins wurde der 49-Jährige zwei Wochen später schriftlich darüber informiert, dass er nun gar kein Geld mehr bekomme. Die Begründung: mangelnde Mitwirkung. Er wandte sich an das AMS und die Bezirkshauptmannschaft – Unterstützung gab es jedoch keine. Das AMS erklärte sich nicht zuständig, er sei berufsunfähig. Bei der Bezirkshaupt-

Gerechtigkeit siegt

Nur die Arbeiterkammer half dem Mann: Eine Klage wurde eingereicht, nach 14 Monaten und mehreren Gerichtsverhandlungen bekam Christian H. recht – er hatte absolut nichts falsch gemacht. „Er erhält seine gesamten Ansprüche rückwirkend überwiesen“, so Wieser. Und zwar nicht nur seine 1.200 Euro monatliche Pension. „Er musste sich auch monatlich selbst versichern, sonst hätte er die Therapien nicht fortsetzen können. Die Gerechtigkeit hat gesiegt“, freut sich Wieser.

GBH-NEUJAHRSTREFFEN IN NIEDERÖSTERREICH



Digitalisierung und Automatisierung – in diesem Zusammenhang spricht man über Chancen für mehr neue Arbeitsplätze. Ist das aber wirklich so? Mit diesem Thema beschäftigte sich die Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) gemeinsam mit zahlreichen Gästen bei ihrem traditionellen Neujahrstreffen in St. Pölten. „Es ist Fakt, dass beim Automatisierungsrisiko die Qualifikation eine große Rolle spielt: So liegt die Automatisierungswahrscheinlichkeit bei Ingenieuren bei 35 Prozent, im Vergleich dazu bei Hilfsarbeitern im Baugewerbe bei 66 Prozent. Deswegen betone ich immer wieder die Bedeutung von Ausbildung, Weiterbildung und lebenslangem Lernen“, sagte Markus Wieser, ÖGB-Vorsitzender und AK-Präsident in Niederösterreich.

Unsere Kunden sagen: „Super Hose! Vor 4 Monaten gekauft und inzwischen meine Lieblingshose!“

Top-Empfehlung

Für Herren

Für Damen

1 Gesäßtasche

2 schräg gesetzte Taschen vorne

Wasser- und windabweisendes Thermo-Gewebe

1 Oberschenkeltasche

Mit Thermo-Innenfutter



Neu für Sie zum Kennenlernen: bis zu € 59,- Ersparnis-Vorteil!



NORDCAP

Qualität und Funktionalität
NORDCAP steht für hochwertige Outdoor-Bekleidung. Funktionelle Materialien, durchdachte Details und ausgezeichnete Verarbeitung sorgen für langlebigen Tragekomfort.

www.nordcap-sport.com

Damenmodell

Damen-Größen							
36	38	40	42	44	46	48	50

Damen Thermohose anthrazit Art.-Nr. 62.155.952

Herren Thermohose anthrazit Art.-Nr. 62.155.941

Herrenmodell

Ihre Herren-Größe						
Bundweite in cm	94	98	102	108	114	120
= Kurzgröße / Bestellgröße	25	26	27	28	29	30

Ihre Herren-Größe						
Bundweite in cm	86	90	94	98	104	110
= Normgröße / Bestellgröße	48	50	52	54	56	60

UVP*-Preis 99,-
Personalshop-Preis 49,99
BESTPREIS
€ 39,99
Sie sparen € 59,01 gegenüber dem UVP*

IHR PREIS-VORTEIL 59%

TOP-Produkt-Vorteile:

- ✓ Wasserabweisendes und winddichtes Thermogewebe
- ✓ Äußere atmungsaktive Ripstop-Gewebeschiicht
- ✓ Elastischer Bund mit Gürtelschlaufen für bequemen Tragekomfort
- ✓ Allround-Thermohosen für multifunktionalen Einsatz:
- Wandern, Radfahren, Laufen etc.
- ✓ Auch bei sportlichen Aktivitäten bequemer Sitz ohne einzuengen
- ✓ Feines, hautfreundliches funktionelles Innenfutter für optimalen Wärmerückhalt
- ✓ Feuchtigkeit wird direkt vom Körper nach außen geleitet

Bestellen leicht gemacht!

☎ 0 512/ 34 33 44
FAX 0 512 / 43 33 44-400

BESTELLSCHEIN A70013 mit 30 Tage Rückgaberecht

www.personalshop.com

Um sich im Shop anzumelden, verwenden Sie bitte diesen PIN-Code! (1 Monat gültig) Ihr PIN-Code ist gleichzeitig Ihr Gutscheincode. Beim Einlösen des Gutscheines im Warenkorb wird Ihr Rabatt abgebogen.

A70013



SEHR GUT 4.70/5.00

Stand: 01/2018, 18.046 Bewertungen



Direkt zum Online-Shop

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, 14 Tage lang ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag gegenüber der Servus Handels- und Verlags-GmbH schriftlich, telefonisch, per Fax oder per E-Mail an A-6020 Innsbruck, Gärberbach 9, Tel: 0512 / 34 33 44, Fax: 0512 / 34 33 44-400, office@personalshop.com, zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beginnt ab dem Tag, an dem Sie die Waren in Besitz genommen haben. Senden Sie uns die Ware spätestens 14 Tage nach Ihrem Widerruf zurück. Wir gewähren Ihnen neben dem gesetzlichen Widerrufsrecht eine freiwillige Rückgabegarantie von insgesamt 30 Tagen ab Erhalt der Ware, sofern die Ware sich in ungebrauchtem und unbeschädigtem Zustand befindet.

5-Sterne-Personalshop-Garantie

- ★ 2 Jahre Garantie ohne „wenn und aber“
- ★ Schnelle Lieferung
- ★ Höchster Qualitätsstandard
- ★ Bestpreis-Garantie
- ★ 30-tägiges Umtausch- und Rückgaberecht**

Gleich einsenden an:
Servus Handels- und Verlags-gesellschaft m.b.H.
Postfach 2, A-6050 Hall in Tirol

Menge	Art.-Nr.	Größe	Artikelbezeichnung	UVP*	Personalshop-Preis	-59%
	62.155.941		Herren Thermohose	€ 99,-	€ 49,99	€ 39,99
	62.155.952		Damen Thermohose	€ 99,-	€ 49,99	€ 39,99

Absender (Bitte deutlich ausfüllen): Frau Herr Bearbeitungs- und Versandkostenanteil € 5,90

Name, Vorname: _____

Straße / Nr.: _____

PLZ / Ort: _____

Geburtsdatum: _____ E-Mail: _____

* Stappreise beziehen sich auf Hersteller-Listenpreise oder unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers (UVP)
** Detaillierte Angaben zum Rücktrittsrecht finden Sie auf: www.personalshop.com

Lieferung erfolgt gegen Rechnung in Reihenfolge des Bestelleingangs. Bitte keine Zahlungsmittel beilegen. Angebote gelten nur in Österreich und solange der Vorrat reicht.



LEIHARBEITERINNEN

ALLE WICHTIGEN INFORMATIONEN AUF EINEN BLICK.

EGAL OB JEMAND vor der Entscheidung steht, einen Job als LeiharbeiterIn anzunehmen, bereits LeiharbeiterIn ist oder als BetriebsrätIn LeiharbeiterInnen vertritt – auf dem Informationsportal für LeiharbeiterInnen www.leiharbeiter.at erfahren Sie alles, was Sie zum Thema wissen sollten. Außerdem stehen unter der kostenlosen Hotline 0800/311 900 ExpertInnen der Gewerkschaft PRO-GE telefonisch zur Verfügung und beantworten alle wichtigen Fragen.

GUT ZU WISSEN

Seit 2014 erhalten LeiharbeiterInnen aus dem Sozial- und Weiterbildungsfonds (SWF) Unterstützung für Aus- und Weiterbildung und auch bei Arbeitslosigkeit. Bei der PRO-GE organisierte LeiharbeiterInnen, die Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung aus dem SWF haben, erhalten außerdem von der PRO-GE die „Gewerkschaftliche Soforthilfe“. Die Gewerkschaft zahlt ihren Mitgliedern 260 bzw. 65 Euro sofort in bar aus und übernimmt die Antragstellung beim SWF.

Genauere Informationen zum Thema Leiharbeit und zu den angeführten Leistungen finden Sie unter www.leiharbeiter.at und www.swf-akue.at.



DIE BESTEN BILDER

ÖGB IST AUCH AUF INSTAGRAM VERTRETEN.

Neben der Website (www.oegb.at), der Facebook-Seite (facebook.com/oegb.at), dem Twitter-Kanal (twitter.com/oegb_at), der Plattform Flickr (flickr.com/photos/oegb) und dem YouTube-Channel (youtube.com/user/OEGBOnline) ist der ÖGB auch auf der Online-Plattform **Instagram** vertreten. Unter instagram.com/soli.oegb werden neben den schönsten Bildern aus der „Solidarität“ auch historische Plakate des ÖGB veröffentlicht. Außerdem bekommen Follower hier die Möglichkeit, hinter die Kulissen des ÖGB, der Mitgliederzeitschrift und des Redaktionsteam zu blicken. Und so funktioniert's:

1. **Instagram-App auf das Smartphone downloaden**
2. **User anlegen**
3. **Im Suchfeld nach soli.oegb suchen**
4. **Auf den Button „Folgen“ klicken**



PREISVORTEIL

EXKLUSIVE ANGEBOTE FÜR ÖGB-MITGLIEDER.

7,5 Prozent bei kika/Leiner, 10 Prozent auf stromsparende LEDs, 10 Prozent auf Brillen und Kontaktlinsen, 20 Prozent auf ausgewählte Veranstaltungen im Wiener Metropol und vieles mehr: Mit der ÖGB-Card erhalten Mitglieder tolle Angebote und profitieren von vielen Ermäßigungen auf verschiedene Einkaufs-, Kultur- und Bildungsangebote sowie auf Freizeitveranstaltungen und Urlaube. Einfach im Geschäft oder beim Check-in die Mitgliedskarte vorweisen.

Ein Überblick über die Angebote, die für alle Gewerkschaftsmitglieder gelten, bietet die ÖGB-Card-Vorteilsplattform. Hier kann man auch die Angebote nach Region filtern.

Mehr Informationen: preisvorteil.oegb.at

INFO-ABEND ZU „BURN-OUT“

Wann: 27. Februar 2018, 18 Uhr

Wo: ÖGB, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Anmeldung erforderlich: service@oegb.at oder 01/534 44-39100

Anzeichen einer Burn-out-Problematik können sich einschleichen und sich in Erschöpfung, Müdigkeit, Niedergeschlagenheit, Sich-ausgebrannt-Fühlen oder anderen Symptomen zeigen. Neben der Vermittlung einiger theoretischer Grundlagen steht die eigene praktische Psychohygiene im Mittelpunkt der ÖGB-Infoveranstaltung.

VIA
Sitzen. Liegen. Wohlfühlen.

Weitere Farben gegen geringen Aufpreis

Leiner

kika



1.632,-***

899,-

SIE SPAREN
44%

SITZGRUPPE.
Sitz/Rückenkissen Stoff hellgrau. Korpus Stoff dunkelgrau. Rücken unecht. Ca. 204 x 350 x 211 cm. Statt 1.632,-*** 899,-. Gegen Aufpreis Rücken echt, Armteilverstellung, Stauraum, Bettfunktion, Kopfteilverstellungen und Kissen. (22279659, 22279675, 22279691, 22279716)



Bettauszug gegen Aufpreis



Stauraum gegen Aufpreis



Kopfteilverstellung gegen Aufpreis

Gültig 5.2. bis 19.4.2018/AT8595. Gültig in allen kika und Leiner Einrichtungshäusern. Solange der Vorrat reicht. Stappreise *** sind unverb. Hersteller-Preisempf. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler. Symbolfoto.

kika.at | Leiner.at



MITGLIEDERRABATT

7,5%¹⁾

**AUF IHREN
EINKAUF**

Ausgenommen alle Werbe- und Aktionsartikel aus unseren aktuellen Prospekten.

1) Gültig bis 29.9.2018 in allen kika und Leiner Einrichtungshäusern in Österreich. Vom bisherigen Verkaufspreis. Gilt nur für Neuaufträge und ist nicht mit anderen Aktionen kumulierbar. Ausgenommen Werbe- und Aktionsware, Warengutscheine, Serviceleistungen, Bücher, Elektrogeräte/Zubehör und Lebensmittel. Der Vorweis der ÖGB-Card bzw. der Gewerkschaften ist unbedingt vor dem Verkaufsgespräch dem Einrichtungsberater vorzulegen. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler.

RESTAURANT

Täglich frisch gekocht!

GUTSCHEIN

Gültig von Mo. 5.2. bis Do. 19.4.2018

Leiner



6,90*
4,90

GENUSS-FRÜHSTÜCK Schinken, Käse, 2 Spiegeleier, Butter, Gurken, Tomaten, Marmelade, 1 Verlängerter/Melange, Joghurt mit Früchten, Orangensaft, Gebäck

Symbolfoto. Preis pro Portion. Pro Person max. 2 Portionen. Solange der Vorrat reicht. Bitte diesen Gutschein vor der Bestellung vorweisen. Leider kein Restaurant bei Leiner Krems. *Stapppreis bezieht sich auf unseren bisherigen Verkaufspreis.

RESTAURANT

Täglich frisch gekocht!

GUTSCHEIN

Gültig von Mo. 5.2. bis Do. 19.4.2018

kika



7,30*
4,90

HAM & EGGS KOMBI

1 Verlängerter/Melange, 2 Semmeln, 2 Spiegeleier, 2 Blatt Schinken und Butter

Symbolfoto. Preis pro Portion. Pro Person max. 2 Portionen. Solange der Vorrat reicht. Bitte diesen Gutschein vor der Bestellung vorweisen. Leider kein Restaurant bei kika Wolfsberg. *Stapppreis bezieht sich auf unseren bisherigen Verkaufspreis.



Mangold mit Kichererbsen, andalusisch

von Florian Kräftner

Zutaten (für vier Personen)

- ◆ 1 Mangold
- ◆ 1 Karotte, 2 Stangen Sellerie
- ◆ 1 rote Zwiebel, 3 Zehen Knoblauch
- ◆ Olivenöl, 1 TL Kreuzkümmel, ganz
- ◆ 100 Gramm Speckwürfel
- ◆ 1 Dose Kichererbsen
- ◆ 2 TL scharfes Paprikapulver, geräuchert
- ◆ 1/8 Liter Weißwein
- ◆ 2 Zehen Knoblauch
- ◆ grobes Salz, schwarze Pfefferkörner
- ◆ 50 Gramm Haselnüsse
- ◆ 2 EL Tomatenmark
- ◆ Thymian



© Florian Kräftner, Illu.: Isabelle Carhoun

In andalusischen Tapas-Bars bekommt man Spinat mit Kichererbsen, aber Mangold bietet neben grünen Blättern auch noch Stiele mit Biss. Der erdige, zartbittere Geschmack ist ein schöner Kontrast zur Süße von Zwiebel, Tomatenmark und Paprika. Dauert länger als eine Mittagspause, wird aber beim Aufwärmen noch besser. Dieses Rezept ist nur ein Vorschlag: Wenn Sie gerade eine gelbe Rübe haben und keine Karotte – kein Problem. Oder statt Kichererbsen weiße Bohnen.

Auch die Speckwürfel kann man natürlich weglassen. Mangoldblätter von den Stielen schneiden; Blätter zur Seite legen, Stiele sowie Karotte und Sellerie in Zwei-Zentimeter-Streifen schneiden. Zwiebel und Knoblauch klein schneiden. Kreuzkümmelsamen in einer tiefen beschichteten Pfanne rösten; wenig Olivenöl und die Speckwürfel dazugeben und ein paar Minuten lang auslassen. Zwiebel dazugeben, sobald sie beginnt Farbe zu nehmen, Karotte, Sellerie und Knoblauch mitrösten.

Hitze reduzieren und Mangoldstiele dazugeben. (Zu viel Hitze kann den Mangold bitter machen.) Paprikapulver unterrühren und mit Weißwein ablöschen. Kichererbsen dazugeben, mit kochendem Wasser aufgießen, sodass das Gemüse nicht ganz bedeckt ist. Inzwischen die übrigen Zutaten in einem Mörser zu einer Paste vermahlen. Sobald das Gemüse in der Pfanne bissfest ist, die Mangoldblätter grob zerreißen und zusammen mit der Paste einrühren.

ERWACHSENWERDEN IN ZEITEN VON PERSHING II, WALDSTERBEN UND TSCHERNOBYL



Waldsterben, NATO-Doppelbeschluss, Sit-in, Pershing II, Wettrüsten, Tschernobyl – wer in den 1980er-Jahren auf das Erwachsenenalter zugesteuert ist, wird sich an diese Begriffe erinnern. Judith versucht, der bedrohlichen Welt zu trotzen und das Leben zu genießen. Das könnte ganz einfach sein, wächst sie doch wohlbehütet in einer wohlhabenden Familie in einer deutschen Kleinstadt auf. Allerdings muss auch gegen die rebelliert werden, denn der Vater (chemische Industrie) und die Mutter (Hausfrau)

sind weder von Judiths Teilnahme an Friedens- oder Umweltdemos begeistert und erst recht nicht von ihrem ersten Freund, der kiffte und nur auf die Hauptschule geht. „Sie lebten in der friedlichsten Epoche seit Menschen- gedenken, das hörten Mama und Papa und Oma Finni und ihre Lehrer nicht auf zu wie-

»JUDITH WUSSTE NICHT, WANN SIE DAS LETZTE MAL SO VIEL SPASS GEHABT HATTE UND OB SIE JEMALS WIEDER SO VIEL SPASS HABEN WÜRDTE. SIE SOLLTE IHRE JUGEND GENIESSSEN, UND GENAU DAS TAT SIE AUCH, AUSGELASSEN UND VERBISSSEN.«

derholen. Noch nie sei es so vielen Leuten so gut gegangen. Sie waren reich. Aber Judith konnte sich nicht freuen.“ Ein schönes Buch über das Erwachsenwerden – spannend zu lesen auch in einer Zeit, wo es immer noch Atomkatastrophen gibt und das globale Wettrüsten wieder verstärkt in Mode kommt.

Kirstin Breitenfellner: Bevor die Welt unterging. Picus Verlag, 240 Seiten, 22 Euro
Bestellen: www.diefachbuchhandlung.at

Verlost wird ...

... eine Überraschungsbox der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ).

--	--	--	--	--	--	--	--	--

1 2 3 4 5 6 7 8 9

LÖSUNG BITTE EINSENDEN AN:

Redaktion Solidarität, Johann-Böhm-Platz 1,
1020 Wien oder gewinnspiel@oegb.at
Einsendeschluss: 28. Februar 2018

Auflösung des Rätsels Solidarität - Nr. 975

■ ■ ■ B ■ ■ ■ ■ ■ D ■ W
 E S S L U S T ■ R U E
 ■ O P I ■ P A M A ■ B
 ■ L A N G E L A C K E
 H E R D ■ S ■ E H E R
 ■ ■ S ■ P E N D E L N
 ■ J A P A N ■ E ■ I ■
 D E M ■ N ■ G R A M M
 ■ M ■ A N F A L L ■ E
 ■ A B T E I L ■ A D I
 ■ L A U ■ G L U R N S
 ■ S T E L L E ■ M A L

Brillenhersteller	Kose-name des Vaters	Begeg-nung	▼	dt.-öster. GP-Weltmeister (Jochen) †	krank-haft selbst-bezogen	Rollteil auf einer Achse	unter-irdische Verkehrs-führung	7	erster Entwurf	▼
▶	▼	▼			▼		Scherz, Spaß	▶		
erster Salzburger Erzbischof † 821	▶			Näh-mittel	▶		2		gegossene Zahn-füllung (engl.)	▼
eh. bras. Formel-1-Pilot (2 Wörter)										
▶		1		Hunde-name		dt. Auto-pionier † 1929	▶		6	
schäd-licher Stoff, Toxikum	Haupt-reise-zeit		ugs.: Bakterie	▶	3					
erblicken	▶					Zünd-schnur		Teil des Fingers		das Ganze, insge-samt
▶	8		„Wund-kaktus“, Dickblatt-pflanze	▶	öst.-am. Sängerin (Lotte) †	Chef	▶			
Auto-mobil-bauform		Bündner Alpenpass	norweg. Popgruppe	▶			4		Kurz-wort: Abonne-ment	▼
Wild-west-lokal	▶							österr. Komponist (Hans) † 1987	9	
Ausruf des Un-willens	▶			Schräg-stütz-balken	▶					
starke Feuch-tigkeit	▶						Lotterie-schein	▶		®
			5							s1112-58

AUS ANGST, DEN ARBEITSPLATZ AN JEMANDEN JÜNGEREN ZU VERLIEREN, GREIFT MANCH ÄLTERER ARBEITNEHMER ZU VERZWEIFELTEN MASSNAHMEN.

...NATÜRLICH STELLT MAN SICH EIN BISSCHEN JÜNGER UND ZIEHT SICH JUGENDLICHER AN!



**»Wir müssen alle
Kinder gleich fördern
– unabhängig vom
Einkommen ihrer
Eltern. Wir brauchen
Gratis-Kindergärten
für alle statt
Steuergeschenke
für Reiche.«**

*Renate Anderl,
ÖGB-Vizepräsidentin und Frauenvorsitzende*



Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank